Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “Mehr” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Private Altersvorsorge fehlt, wo sie am nötigsten ist
2. Tom Schimmeck – Cicero wird Kikeriki
3. James K. Galbraith – “Griechenland wird aus dem Euro fliegen, wenn Deutschland das bestimmt”
4. Die Schweiz bleibt Fluchtburg für Diktatorengelder
5. Pflegereform: Am Bedarf vorbei geplant
6. Die Armen werden ärmer. Versagt die Politik?
7. Rentenstreit in der SPD – Gabriel im Märchenland
8. Banken sollen Verkaufs-Provisionen an Anleger weitergeben
9. Joerg Asmussen and other people’s money
10. Katalonien, neuer Problemfall für die EU
11. James K Galbraith – Quantitative easing isn’t magic
12. Ulrike Herrmann – Das Chaos ist zurück
13. Arm und reich
14. Sprachlos in der Eurokrise? Elmar Nass über die christliche Soziallehre
15. The drugs don’t work: a modern medical scandal
16. Kommission gelobt Besserung bei Expertengruppen
17. Über 3000 Belege für verfassungsfeindliche Haltung der NPD
18. Anti-Alkohol-Kampagnen: Wenn „Aufklärung“ besoffen macht

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Private Altersvorsorge fehlt, wo sie am nötigsten ist**
   Seit der Riester-Rentenreform von 2001 wirbt die Bundesregierung intensiv für die ergänzende private Altersvorsorge. Staatliche Zulagen und Steuervorteile sollen das Sparen attraktiv machen und vor allem Familien und Geringverdienern den Aufbau kapitalgedeckter Rentenansprüche erleichtern. Der folgende Beitrag zeigt, dass dieses Konzept gerade dort nicht funktioniert, wo eine Ergänzung des gesetzlichen Rentenanspruchs besonders vonnöten wäre – bei Beziehern von niedrigen Einkommen und speziell bei den Empfängern von Arbeitslosengeld II, einer

Gruppe mit hohem Altersarmutsrisiko und geringen Sparmöglichkeiten.
Quelle: IAB-Kurzbericht [PDF – 450 KB]

2. **Tom Schimmeck – Cicero wird Kikeriki**
   Die K-Frage ist die Seifenoper der Saison, bietet endlosen Raum zum Spekulieren und Schwadronieren.
   Es ist hohe Zeit, sich sehr tief zu verneigen vor den Hauptstadtjournalistinnen und -isten. Ist diesem Kollektiv doch gelungen, woran selbst Leonardo da Vinci scheiterte: die Vollendung des Perpetuum mobile. Sie nennen es die „K-Frage“. Sie wälzen sie mit Wonne.
   Vor einer Woche traf sich die SPD, um die Zukunft zu beraten. Noch immer beharrt sie rotzfrech darauf, zuerst ihr Programm zu diskutieren, also inhaltlich festzulegen, womit sie vor die Wähler treten will. Die Korrespondenten aber scheinen sich einig: Arbeit, Lohn und Steuern, Außenpolitik, Umwelt, Bildung, Energie, Militär – alles öde, langweilig, herrje, und viel zu komplex. Dafür hat der wahre Hauptstadtjournalist nur ein todmüdes Lächeln.
   Weil allein die „Klärung der K-Frage“ zählt. „K-Frage lässt die SPD nicht zur Ruhe kommen“, melden die Korrespondenten, „K-Frage steht im Raum“, „K-Frage ist weiter offen“, „K-Frage lähmt alles“. Es habe „etwas absurd Trotziges“, findet etwa die Frankfurter Allgemeine, dass die SPD diese Frage vertage. „Na“, fragt auch dieses Blatt kokett, „können Sie das Thema K-Frage noch hören?“
   Quelle: Frankfurter Rundschau
3. **James K. Galbraith – “Griechenland wird aus dem Euro fliegen, wenn Deutschland das bestimmt”**
   FORMAT-Interview. James K. Galbraith über die einzige Lösung zur Krise in Europa und die US-Wahlen.
   Quelle: Format
4. **Die Schweiz bleibt Fluchtburg für Diktatorengelder**
   Gemeinsame Medienmitteilung von Alliance Sud und der Erklärung von Bern
   Eine Mehrheit im Schweizer Nationalrat lehnt verschiedene Vorstösse zur Abwehr von Potentatengeldern ab. Alliance Sud und die Erklärung von Bern kritisieren diesen Entscheid als kurzsichtig und inkonsequent. Die Schweiz bleibt damit weiterhin eine sichere Hochburg für Diktatorengelder.
   Die offizielle Schweiz brüstet sich gerne damit, weltweit eines der besten Gesetze gegen die Geldwäscherei und den Zufluss von Potentatengeldern zu haben. Trotzdem tauchen seit dem Beginn des „arabischen Frühlings“ immer wieder neue Konten auf, die den ehemaligen nordafrikanischen Diktatoren und ihrem korrupten persönlichen Umfeld gehören. Im Jahresbericht 2011 der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) ist nachzulesen, dass im Jahr 2010 keine einzige Meldung mit Bezug zu Ägypten oder

Tunesien einging. Das bedeutet, dass die gesperrten Vermögen von den betroffenen Finanzintermediären nicht freiwillig gemeldet wurden, das Abwehrdispositiv also versagt hat.
Quelle: blog steuergerechtigkeit

5. **Pflegereform: Am Bedarf vorbei geplant**
   Der Bundesrat hat der Pflegereform von Gesundheitsminister Daniel Bahr zugestimmt. Eine Zumutung für Pflegebedürftige, Familien und Pflegekräfte sei dies, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Denn die Probleme würden durch die so genannte Reform nur auf die lange Bank geschoben, der Pflegenotstand bleibe weiter ungelöst.
   Quelle: DGB
6. **Die Armen werden ärmer. Versagt die Politik?**
   Die Bundesregierung hat den vierten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Das Ergebnis überrascht nicht: Die Deutschen werden immer reicher, aber das Vermögen ist ungleich verteilt. Wie lässt sich die Schere zwischen Arm und Reich schließen?
   Quelle 1: (Einleitungstext): detektor.fm
   Quelle 2: (Interview mit Christoph Butterwegge): detektor.fm [Audio – mp3]
7. **Rentenstreit in der SPD – Gabriel im Märchenland**
   Der SPD-Vorstand hat sich auf ein Rentenpapier geeinigt – indem er die strittigen Fragen vertagte. Denn Parteichef Gabriel steckt in der Klemme: Wenn er allen Forderungen der Genossen nachgibt, würde das zig Milliarden Euro mehr kosten. Das wäre keine Empfehlung für den Bundestagswahlkampf. […]
   30 Milliarden Euro on top?
   Und dann geht es ja erst richtig los: Wenn die Wünsche der Parteilinken, der Arbeitervertreter in der SPD und der Sozialdemokraten aus den neuen Bundesländern erfüllt werden, kommen "30 Milliarden on top". Zitat Sigmar Gabriel. Genau wie seine Frage: "Wie soll man das bezahlen?"
   - Die Linken wollen die geplante Senkung des Rentenniveaus von heute 51 auf 43 Prozent rückgängig machen.
   - Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) fordert eine staatliche Unterstützung betrieblicher Renten.
   - Die Ost-Genossen wollen eine Rentenangleichung zwischen alten und neuen Ländern.

   Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Der SPIEGEL hat natürlich Recht, daß "Förderung für Betriebsrenten" und Erhöhung des Niveaus der gesetzlichen Rente nicht zusammen eingeführt werden sollten und eine staatliche Förderung von Betriebsrenten schädlich ist.*
Ansonsten fragt man sich, an welchem Stammtisch solche Redakteure aufgelesen werden, die von der Sache fast keine Ahnung haben. Die "30 Milliarden on top" müßten im gesetzlichen Rentensystem zur Hälfte von den Arbeitgebern und zur Hälfte von den Arbeitnehmern getragen werden, wobei letztere für 15 Milliarden Euro eine Absicherung von 30 Milliarden Euro erwerben. Das wäre also für die Arbeitnehmer gut – und für den Staat auch, denn zur nicht geringen Überraschung des SPIEGEL-Redakteurs werden die Sozialrenten nicht vom Staat bezahlt. Im Gegenteil, der Staat würde viele, viele Steuermilliarden sparen, mit denen nach der aktuellen Planung der Rentenkürzungen Armutsrenten auf Hartz-IV-Niveau angehoben werden müssen. Auch die volkswirtschaftlichen Vorteile (höhere Nachfrage, mehr Konsum…) könnten noch erwähnt werden.
Für den Staat hätte ein höheres Rentenniveau also nur Vorteile – und für die SPD wahlstrategisch auch. In seinem Nichtbegreifen schreibt der Redakteur meilenweit am Thema vorbei. Aber wie heißt es in dem Artikel: "Vernunft ist mitunter eine Sache der Perspektive". Genau.

8. **Banken sollen Verkaufs-Provisionen an Anleger weitergeben**
Eine Richtlinie aus Brüssel könnte die deutsche Anlageberatung revolutionieren. Banken sollen gezwungen werden, die Provisionen, die sie für den Verkauf von Finanzprodukten bekommen, an die Kunden weiterzureichen. Das ist der aktuelle Stand bei der europäischen Finanzmarktrichtlinie Mifid II. „Das wäre das Ende der durch Provisionen manipulierten Beratung", sagte der Europaabgeordnete Sven Giegold dem Tagesspiegel. […]
Statt die provisionsbasierte Beratung abzuschaffen, treten die Koalitionsfraktionen für Wahlfreiheit an und dürften damit auch die Bundesregierung hinter sich wissen. Als Alternative und Ergänzung zur bisherigen Bankberatung wollen sie die unabhängige Honorarberatung stärken. Das Projekt lag fast ein Jahr lang auf Eis. Auf Drängen der Finanzpolitiker von Union und FDP haben sich Finanz-, Verbraucher und Wirtschaftsministerium nun auf die Grundzüge für ein Honorarberatungsgesetz verständigt.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung JB: *Sobald Brüssel mal etwas vernünftiges vorschlägt, ist der Gegenwind aus Berlin vorprogrammiert.*

9. **Joerg Asmussen and other people's money**
   The news is already all over the place: total building costs of the new ECB buildings in Frankfurt won't be about 850 million but about 1,2 billion […]
   But the really interesting thing: Joerg Asmussen is the board member who's resThe news is already all over the place: total building costs of the new ECB buildings in Frankfurt won't be about 850 million but about 1,2 billion (or about 700.000,– per employee, according to my data).
   Quelle: Real World Economics Review
10. **Katalonien, neuer Problemfall für die EU**
    Katalonien will nicht mehr für eine hoch verschuldete Zentralregierung zahlen und droht sowohl Madrid als auch Brüssel mit der Unabhängigkeit. Die Debatte über die Steuerhoheit der autonomen Provinz erinnert an die Haltung Deutschlands gegenüber den südeuropäischen Ländern, meint der Journalist von El País.
    Quelle: El Pais via Presseurop
11. **James K Galbraith – Quantitative easing isn't magic**
    It is unrealistic to expect central banks like the Fed and the ECB to solve our deep economic problems
    What should we make of the latest moves to kickstart the US economy, and to save the euro? As the late, great Harvard chaplain Peter Gomes said to my graduating class many years ago, about our degrees: "There is less there than meets the eye." […]
    Meanwhile, the European Central Bank is buying the dregs of the European bond market, propping up their price. The operation is similar to QE but the help for the economy is even less. Mario Draghi, the bank chief, aims to save the euro, not the eurozone; his conditions actually prevent beneficiaries from using the money they save; in fact, to get the aid they must spend less. So long as this goes on, unemployment, budget deficits and debt will get worse. It's no surprise that sensible countries refuse the deal for as long as they can.
    Some people in high places – Tim Geithner, the US treasury secretary, for example – profess that restarting bank lending is the key to economic recovery, and increasing bank reserves will spur them to lend. (What else are banks really good for?) But if anyone believes that reserves are key to lending, they deeply misunderstand what banks do.
    As Hyman Minsky used to say: banks are not moneylenders! Banks don't lend reserves, and they don't need reserves in order to lend. Banks create money by lending. They need a client willing to borrow, a project worth lending to, and collateral to protect against risk. If these are lacking, no amount of reserves will turn the trick. And especially not when the government is willing to pay interest on their reserves: the truest form of welfare, income for doing nothing.

Quelle: The Guardian

Anmerkung unseres Lesers E.J.: *Der Artikel enthält alle für die Widerlegung der Inflationspanik von Jens Weidmann wesentlichen Überlegungen:*
Der Ankauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt ist keine Staatsfinanzierung, sondern ein Ankaufprogramm gegenüber Banken. Der einzige finanzielle Vorteil für die Staaten ist die Senkung des Zinssatzes auf dem Primärmarkt, weil die Bonität der Staatsanleihen durch das Ankaufprogramm der EZB auf dem Sekundärmarkt garantiert wird (staatliches Insolvenzrisiko besteht nicht mehr). Der Zinsvorteil (wenn man den Schutz vor übermäßigen Zinsforderungen der Anleger so nennen will) kommt den Staaten nicht zu Gute, da sich die Staaten als Bedingung für den Anleiheankauf weitere Sparanstrengungen zusagen müssen. Das Ankaufprogramm führt also selbst in Höhe des einen Bruchteil der Staatsanleihevolumina ausmachenden Zinsersparnis mitnichten zu erhöhter staatlicher Nachfrage und Inflation.
Durch den Abverkauf der Staatsanleihen an die EZB entstehen dort höhere Reserveguthaben der Banken, die einerseits mit Sicherheit nicht für Realgüter „auf den Kopf gehauen" werden und die andererseits auch nicht zu einer Erhöhung des Kreditvolumens und damit zu einer Erhöhung der Geldmenge bei Unternehmen und Privathaushalten führen. Für den Alltagsverstand durchaus überraschend hängt nämlich die Fähigkeit der Banken zur Kreditvergabe überhaupt nicht von der Höhe ihrer Reserven bei der EZB ab. Vielmehr schaffen die Banken das für ihre Kreditvergabe notwendige Geld durch Eröffnung des Kreditrahmens einfach selbst („verleihen" also gerade keine Guthaben). Nicht nur die EZB – auch die Banken – „drucken" also Geld und sind hierfür von den Guthaben, die sie als Ergebnis der Anleihekäufe bei der EZB erhalten (übrigens auch von bei ihnen deponierten Sparguthaben), vollkommen unabhängig. Auf Investitionen oder Konsum in der Realwirtschaft als eine von mehreren Vorbedingungen für Inflation haben die Anleihekäufe daher auch bezüglich der Banken keinerlei Einfluss.

passend dazu: Fear of inflation scales new heights
The scaremongering about inflation and higher interest rates continues to flood out of the mainstream economics community. The conversation has become a little more sophisticated since the claims in the early stages of the crisis that the fiscal and monetary policy innovations introduced by governments would be inflationary. Now we are hearing stories about longer lags – channelling Milton Friedman who also fell foul of the evidence more often than not. So inflation is just around the corner rather than coming tomorrow. As in the past, the mainstream macroeconomics has a serious credibility problem. It is no wonder it keeps making erroneous predictions. It begins

with an erroneous construction of reality. It is all downhill for them after that.
On the topic of sophistication, BuBa boss Jens Weidmann has now appealed to classic German literature to buttress his obsession with inflation. In a speech he gave to the 18th Colloquium of the Institute for Bank-Historical Research (IBF) in Frankfurt (September 18, 2012) – Money creation and responsibility – we learn that Johann Wolfgang von Goethe, the C18th German writer apparently "hit upon the core problem of monetary policy" – yes, "Paper money – Public finances – Inflation".
Quelle: Bill Mitchell

12. **Ulrike Herrmann – Das Chaos ist zurück**
Das Wort hat eine erstaunliche Karriere gemacht: „hebeln". Erstmals tauchte es in der Finanzkrise auf, als Banken mit minimalem Eigenkapital maximale Schrottkredite vergaben – und danach pleite waren. Jetzt hat auch die Eurozone diesen Begriff entdeckt. Erst sollte der Rettungsschirm EFSF „gehebelt" werden – nun soll dieser Trick auf den neuen Rettungsschirm ESM übertragen werden. […]
Doch was klar war, wird jetzt wieder unklar. Denn wozu wird ein „gehebelter" Rettungsschirm gebraucht, wenn die EZB sowieso unbeschränkt eingreift? Doch offenbar sollen künftig zwei staatliche Stellen auf den Finanzmärkten unterwegs sein. Damit ist das Chaos zurück.
Quelle: taz

Anmerkung JB: *Das Chaos, von dem Ulrike Herrmann spricht, war nie weg. Auch die LTRO-Injektionen der EZB stellten ein paralleles „Rettungsprogramm" dar. Die Einschätzung, die EZB greife ohnehin unbeschränkt ein, ist ebenfalls angreifbar, da die EZB lediglich am Sekundärmarkt agieren darf und dies auch nur auf einer sehr fragilen Rechtsbasis. Sollte beispielsweise das Bundesverfassungsgericht im Hauptverfahren zur ESM-Klage, wie bereits angedeutet, die Rolle der EZB kritisch unter die Lupe nehmen und die momentanen Anleihenkaufprogramme als rechtlich verbotene Staatsfinanzierung einordnen, müsste sich der Europäische Gerichtshof mit der Sache beschäftigen. Dann hätten wir es mit einem echten Chaos zu tun.*

13. **Arm und reich**
Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Das sagt der neue Armuts- und Reichtumsbericht. Das sagte auch der davor und der davor und der… Dennoch tun wir so, als wären wir sehr überrascht. Als hätte die Arbeit des Gesetzgebers in den letzten Jahrzehnten nicht darin bestanden, Vermögen umzuschichten. Von unten nach oben.
Jeder Versuch ein wenig in die umgekehrte Richtung zu schieben, stößt auf vehemente Ablehnung. Nicht nur derer, die davon minimale Minderungen ihrer Einnahmen zu

erwarten hätten, sondern auch auf den jener Spezialisten für das Ganze, die sofort aufsagen können, dass alles, was in dieser Richtung geschehen könnte, ja nicht viel bringe. Bringen tut etwas immer nur dann, wenn es Millionen Mitbürger trifft. Dazu muss man freilich nicht studiert haben, dazu braucht man nicht einmal einen Taschenrechner.
Quelle: Frankfurter Rundschau

14. **Sprachlos in der Eurokrise? Elmar Nass über die christliche Soziallehre**
Quelle: DLF Tag für Tag

Anmerkung unseres Lesers H.O.S.: *Ich habe gerade in der Sendung "Tag für Tag" im Deutschlandfunk ein Interview mit dem christlichen Sozialethiker Elmar Nass gehört. Als ich dieses Interview gehört hatte, war mein erster Gedanke: Darauf musst du die Nachdenkseiten hinweisen. Mir ist nicht klar geworden, was an den Äußerungen von Herrn Nass christlich, sozial oder ethisch sein soll. Er meint, dass das, was manche als "soziale Kälte" bezeichnen, sich "sehr wohl sozialethisch" begründen lasse. Er findet, die Verursacher der Krise, die griechischen Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslosen, müssten jetzt auch die Verantwortung dafür übernehmen. Dabei beruft er sich auf den Ökonomen Sen, von dem er das Verantwortungsprinzip übernimmt. Sozialethisch sei es gerecht, was von den Griechen gefordert werde. Es führe zu einer Kultur des Vertrauens. Ach ja, das Prinzip der Solidarität erwähnt Herr Nass auch noch. Dies sei Aufgabe der kirchlichen Hilfsorganisationen, wie der Caritas. Suppenküchen und Kleiderkammern nach massiver Umverteilung von unten nach oben. Was hat das eigentlich noch mit dem Verfassungsprinzip der Menschenwürde zu tun? Ich meine – Nichts!*

15. **The drugs don't work: a modern medical scandal**
The doctors prescribing the drugs don't know they don't do what they're meant to. Nor do their patients. The manufacturers know full well, but they're not telling. […]
Drugs are tested by the people who manufacture them, in poorly designed trials, on hopelessly small numbers of weird, unrepresentative patients, and analysed using techniques that are flawed by design, in such a way that they exaggerate the benefits of treatments. Unsurprisingly, these trials tend to produce results that favour the manufacturer. When trials throw up results that companies don't like, they are perfectly entitled to hide them from doctors and patients, so we only ever see a distorted picture of any drug's true effects. Regulators see most of the trial data, but only from early on in a drug's life, and even then they don't give this data to doctors or patients, or even to other parts of government. This distorted evidence is then communicated and applied in a distorted fashion.

Quelle: The Guardian

16. **Kommission gelobt Besserung bei Expertengruppen**
Das EU-Parlament hat gestern eine Haushaltssperre aufgehoben, die es im Oktober 2011 über Teile des Budgets für die Expertengruppen der EU-Kommission verhängt hatte. Kommission und Parlament einigten sich darauf, im Rahmen eines „informellen Dialogs" neue Richtlinien für die Expertengruppen festzulegen, um eine einseitige Beeinflussung der EU-Kommission durch Wirtschaftsvertreter einzudämmen. Ein Erfolg, denn die Kommission muss sich nun bewegen. Dennoch bleiben Zweifel, ob das Parlament nicht voreilig dem Drängen der Kommission nachgibt.
Quelle: LobbyControl
17. **Über 3000 Belege für verfassungsfeindliche Haltung der NPD**
Bund und Länder können nun angeblich ohne Hilfe von V-Leuten belegen, dass rassistische und nationalsozialistische Einstellungen in der NPD weit verbreitet sind. In der neuen Materialsammlung sind auch brutale Straftaten verzeichnet. […]
Das jetzt vorliegende Papier enthalte im Unterschied zum ersten Entwurf vom Sommer keine Angaben von V-Leuten, hieß es in Sicherheitskreisen. Die Länder hatten mehrere hundert Belege aus dem Entwurf zurückgezogen, da sie Äußerungen von Spitzeln des Verfassungsschutzes und der Polizei enthielten.
Quelle: Tagesspiegel
18. **Anti-Alkohol-Kampagnen: Wenn „Aufklärung" besoffen macht**
[…] Sucht man nämlich Beispiele bizarren Glaubens und seltsamer Gebräuche, so braucht man sich bloß die britische Einstellung zum Alkohol und den dazugehörigen Sitten anzusehen. In jeder x-beliebigen Zeitung liest man, dass wir eine Nation von rüpelhaften Säufern sind – wir trinken zu viel, fangen zu früh damit an, und trinken zu schnell – und dies macht uns gewalttätig, promiskuitiv, asozial und überhaupt widerwärtig. Natürlich haben wir Briten ein kleines Alkoholproblem. Die Frage ist freilich, warum dies so ist. Unser wirkliches Problem ist, dass wir dem Alkohol magische Kräfte andichten – angeblich hat er enthemmende Wirkung, macht uns aggressiv, promiskuitiv, chaotisch und sogar gewalttätig. Aber so kann man das nicht stehen lassen. […]
Das Verhalten des Menschen unter dem Einfluss von Alkohol zeigt eine sehr große Bandbreite an interkultureller Variation. Manche Gesellschaften (wie etwa in Großbritannien, in den USA, in Australien, Teilen von Skandinavien aber auch in Deutschland) bezeichnen Anthropologen als „ambivalente" Trinkkulturen, wo Trinken mit Enthemmung, Aggression, Promiskuität, Gewalt und anti-sozialem Verhalten einhergeht. Es gibt aber auch andere Gesellschaften (wie etwa in Lateinamerika und in der mediterranen Kultur, wie überhaupt in den meisten Kulturen), wo Trinken nicht mit diesen unerquicklichen Begleiterscheinungen einhergeht, also Kulturen, wo

Alkohol lediglich ein moralisch neutraler, normaler, integraler Bestandteil des täglichen Lebens ist – etwa auf einer Ebene mit Kaffee oder Tee. Diese sind die sogenannten „integrierten“ Trinkkulturen.
Dieser Unterschied kann nicht auf die unterschiedliche Menge des jeweiligen Alkoholkonsums zurückgeführt werden – die meisten der integrierten Trinkkulturen haben einen signifikant höheren individuellen Alkoholkonsum als die ambivalenten Trinkkulturen.
Quelle: Novo Argumente